

# Invalidenversicherung in der Sackgasse

**Die IV, das neben der AHV wichtigste Sozialwerk, steht vor der grössten Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Die zunehmende Ausgrenzung von Behinderten aus der Arbeitswelt reisst Milliardenlöcher in die IV-Kasse.**

Karin Mürner ist seit ihrer Geburt blind. Die heute knapp 50jährige Frau hat seit früher Kindheit alles unternommen, um sich in der Welt der Sehenden einigermassen zurechtzufinden. Als Telefonistin war sie an ihrem Arbeitsplatz voll integriert. Wer die Hauptnummer der Firma wählte, der bekam von ihrer Behinderung nichts zu spüren.

## Hoffnung aufgegeben

Doch als die Rezession einsetzte, beschloss ihre Firma, Empfang und Telefonzentrale zu kombinieren. Das war das Ende ihrer Beschäftigung. Nach unzähligen Bewerbungen und Absagen hat Karin Mürner die Hoffnung praktisch aufgegeben, auf ihrem erlernten Beruf je wieder eine Stelle zu finden. Zuerst bezog sie Arbeitslosengeld, inzwischen lebt sie von einer Rente der Invalidenversicherung (IV).

Für Harald Krebs, langjähriger Leiter der Berufsberatungs- und Eingliederungsstelle für Blinde und Sehbehinderte in Zürich, ist das ein typisches Schicksal für die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Seine Aufgabe, zusammen mit den

Invaliden eine geeignete Stelle zu finden, war zwar nie einfach, doch die langjährige Rezession der neunziger Jahre hat die Situation dramatisch verschärft. «Die Behinderten müssen auf dem Arbeitsmarkt hinter den Arbeitslosen anstehen», stellt der Berufsberater fest.

Die zunehmende Erfolglosigkeit bei der Vermittlung von Sehbehinderten war einer der Gründe, die Harald Krebs nach 25jähriger Berufserfahrung auf diesem Gebiet bewegen haben, seine Stelle bei der IV freiwillig aufzugeben. Er ist der Meinung, die Invalidenversicherung müsste sich im Bereich der beruflichen Eingliederung viel stärker engagieren und beispielsweise eigene Arbeitsvermittlungsbüros betreiben.

Teure Ausbildungen und Schulungen, die im Einzelfall mehrere hunderttausend Franken kosten können, helfen nämlich wenig, wenn die Betroffenen schliesslich an der Hürde der Anstellung scheitern.

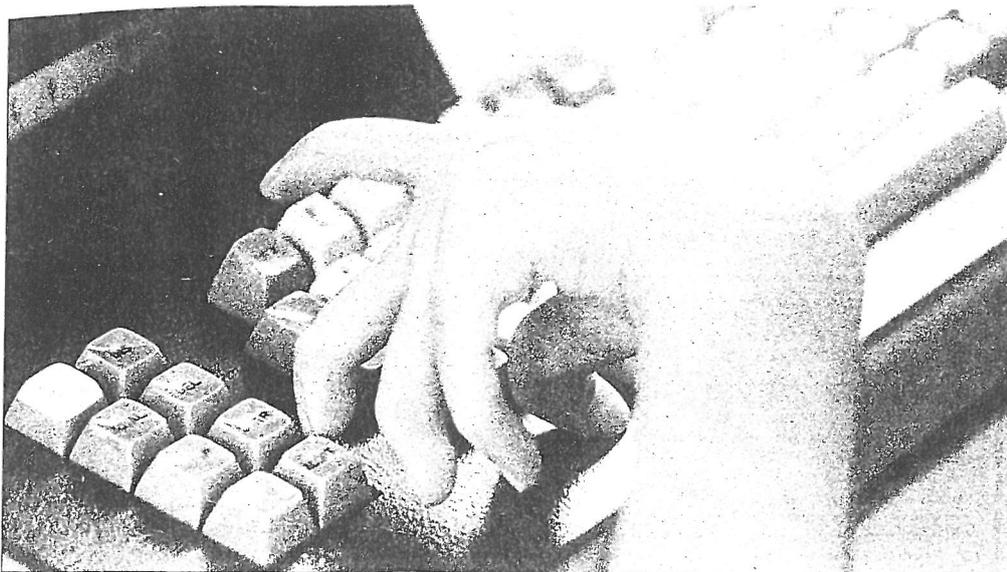
Dass die Wirtschaftskrise voll auf die IV durchschlägt, zeigt der unaufhaltsam wachsende Schuldenberg der Versicherung. Obwohl

Bund und Kantone ihre IV-Beiträge seit 1991 kräftig erhöht haben und der IV-Abzug für Versicherte und Arbeitgeber 1995 von 1,2 auf 1,4 Lohnprozente angehoben wurde, schreibt die IV weiterhin Verluste von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr. Ohne Korrekturmassnahmen droht die Verschuldung bereits 1998 auf 2,8 Milliarden Franken anzusteigen.

## Gigantische Umschichtung

Um die Invalidenversicherung als zentralen Pfeiler der sozialen Sicherheit nicht zu gefährden, will der Bund mit der in zwei Teile gegliederten vierten IV-Revision nun das finanzielle Gleichgewicht wiederherstellen. Dazu sollen bereits Anfang des nächsten Jahres 2,2 Milliarden Franken aus dem Fonds der Erwerbsersatzordnung (EO) in die IV-Kasse fliesen. Als zeitlich befristete Massnahme schlägt die Regierung dem Parlament zudem vor, ein weiteres Lohnpromille von der Erwerbsersatzordnung zur IV zu übertragen.

Schon heute ist allerdings klar, dass blosser Umschichtungen zur mittel- und längerfristigen Gesun-



Teure Ausbildungen helfen wenig, wenn Behinderte an der Anstellungshürde scheitern.

Bild Keystone

derung der IV-Finzen nicht ausreichen. Mit den jetzt vorgeschlagenen Kürzungen von jährlich knapp 100 Millionen Franken bei Gesamtausgaben von rund acht Milliarden Franken erweist sich das Sparpotential als relativ bescheiden.

Die in der Vernehmlassung mehrheitlich verworfene Aufhebung der erst vor zehn Jahren eingeführten Viertelrenten könnte dabei erst noch einen gegenteiligen Effekt bewirken. «Die Streichung wäre kontraproduktiv, weil sie eingliederungswillige Betroffene bestraft», meint etwa Jürg Gassmann, Zentralsekretär der Stiftung Pro Mente Sana, die sich für die Interessen von Psychischkranken einsetzt.

Viertelrenten, die eine Erwerbsunfähigkeit von immerhin 40 Prozent voraussetzen, fördern anerkanntermassen die Motivation zur beruflichen Eingliederung. Eine Rückkehr zum groben, zweistufigen Modell mit halben und ganzen IV-Renten hätte dagegen möglicherweise unerwünschte Folgen. «Von Versicherten, die bei einer geringfügigen Einkommensverbesserung den ersatzlosen Verlust einer halben Rente hinnehmen müssen, sind keine Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Erwerbssituation mehr zu erwarten», erklärt Jürg Gassmann.

### Verhängnisvolles Signal

Im Fall eines Familienvaters mit zwei Kindern entspräche die zu befürchtende Renteneinbusse immerhin einem monatlichen Betrag von mehr als 2000 Franken. Pro Mente Sana spricht im Einklang mit anderen Behindertenorganisationen denn auch von einem verhängnisvollen und unsinnigen sozialpolitischen Signal. «Nicht eine weitere Schwächung, sondern die Erneuerung des Integrationsgedankens ist das Gebot der Stunde», fordert Jürg Gassmann. Das in der Praxis der letzten Jahre auf den Kopf gestellte IV-Motto «Eingliederung vor Rente» müsse wieder zur Maxime des Handelns werden.

Sollte sich hingegen der Trend fortsetzen, dass die Wirtschaft ihre Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Erwerbstätigen laufend höher schraubt, wird das Problem der

Invaldisierung unserer Gesellschaft zusätzlich verschärft.

Konkrete Vorschläge für eine staatliche Einflussnahme auf den Arbeitsmarkt in Form von finanziellen Anreizen für Arbeitgeber sind längst auf dem Tisch. In Anlehnung an ausländische Vorbilder möchte etwa das von Pro Mente Sana erar-

beitete «Bonus-Malus»-Konzept die Anstellung von Behinderten mittels einer Sechs-Prozent-Quote fördern. Betriebe mit einem höheren Invalidenanteil erhielten Zuschüsse aus einem Fonds, der von Arbeitgebern gespiesen würde, welche diese Limite verfehlen. Ein zweites Modell verzichtet auf Strafzahlungen und Mindestquoten und schlägt statt dessen für jede Anstellung eines Behinderten eine von der IV ausgerichtete Prämie vor.

Finanziert würde das Bonuskonzept mit einer geringfügigen Prämienhöhung und Einsparungen durch die Vermeidung von Rentenfällen. «Damit die Vertreibung von behinderten Menschen aus der Arbeitswelt verhindert werden kann, ist ein radikales Umdenken gefragt», meint Jürg Gassmann zu den Forderungen seiner Organisation. Zumindst in den bundesrätlichen Vorschlägen zur 4. IV-Revision ist von neuen Ideen allerdings wenig zu spüren.

Beat Jordi

### Die Gesundheit leidet

Die Invalidenversicherung steht vor der grössten Bewährungsprobe seit ihrer Einführung vor knapp 40 Jahren. Zwischen 1990 und 1996 hat die Zahl der Rentenberechtigten um 37 Prozent von 130 000 auf 178 000 zugenommen. Auffallend ist insbesondere der dramatische Anstieg der IV-Rentner mit psychischen Störungen. Obwohl die IV nie dazu gedacht war, die Probleme des Arbeitsmarktes zu entschärfen, wird sie in Rezessionszeiten zum Auffangbecken für aus der Arbeitswelt vertriebene Behinderte und erkrankte Langzeitarbeitslose.

Das zeigt auch eine Studie des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit. 32 Prozent der betroffenen Männer und 39 Prozent der Frauen fühlen sich gesundheitlich angeschlagen. Viel häufiger als befragte Kontrollpersonen klagten sie über Herzbeklemmung oder Herzklopfen, Magenbeschwerden, Gelenk- und Muskelschmerzen. Das Risiko von Langzeitarbeitslosen, an einer seelisch bedingten Depression zu erkranken, ist denn auch relativ gross. Nicht zufällig verzeichnen die Regionen mit den höchsten Arbeitslosenraten wie Basel-Stadt, die Romandie und das Tessin überdurchschnittlich viele IV-Rentner.

B.J.